

Die Jugend fordert das Recht auf Rente und auf Zukunft

Gemeinsame Erklärung vom 19. Oktober 2010

Die Gewerkschaften CFDT, CFTC, CFE-CGC, CGT, FO, FSU, Solidaires, UNSA und die Jugendorganisationen FIDL, UNEF, UNL sind am Montag, dem 18. Oktober, in Achtung ihrer Unabhängigkeit, Rolle und Vorrechte zusammengekommen. Sie haben eine gemeinsame Erklärung über Zweck und Ausmaß der aktuellen Mobilisierung gegen das Gesetzesvorhaben zur Rentenreform vereinbart.

Unser Land erlebt eine soziale Bewegung von außerordentlichem Ausmaß. Das Regierungsvorhaben zur Rentenreform vereint derzeit Millionen Beschäftigte, Arbeitsuchende, Studenten und Schüler im Protest. Die Mobilisierung der Jugendlichen an der Seite der Beschäftigten zeugt von der Ablehnung dieser Reform, die das Recht auf eine zukünftige Rente nicht garantiert.

Die junge Generation hat sehr gut verstanden, was diesem Vorhaben zugrunde liegt: Die unaufhörliche Anhebung des Rentenalters, die Zurücknahme der damit verbundenen Rechte, das Fehlen von Garantien, die das Weiterbestehen des Umlagesystems sichern. Die Anhebung der Altersgrenze trägt dazu bei, den Eintritt Jugendlicher ins Arbeitsleben zu verzögern.

Nachdem die Regierung laut getönt hatte, ihre Reform sehe vor, das Rentensystem für die junge Generation zu stärken, bestreitet sie nun deren Recht, sich einzumischen.

So wäre es demnach von der Regierung vernünftig und mutig, Hochrechnungen für vierzig Jahre im voraus zu machen, aber völlig deplaziert, wenn die Generation, die betroffen ist, sich damit beschäftigt.

Wir weisen heute in bezug auf die Rente wie in bezug auf das Recht auf Arbeit zurück, daß die Jugendlichen als Alibi oder als Variable eines Kalküls dienen, das darauf hinausläuft, aus ihnen eine geopferte Generation zu machen. Diese Reform betrifft sie in höchstem Grad, so, wie sie die Gesamtheit der ökonomischen und sozialen Fragen betrifft.

Wie die Masse der Beschäftigten ist sich die junge Generation dessen bewußt, daß die Zukunft anders verlaufen muß und kann, nämlich auf Grundlage eines Ansatzes, der insbesondere auf eine andere Verteilung des Reichtums gegründet ist, der die Arbeit und die Arbeitenden und die Notwendigkeit einer anderen Beschäftigungspolitik anerkennt. Zugleich müssen die Zeiten von Ausbildung und erzwungener Inaktivität auf bessere Weise bei der Berechnung der Jahre, die das Recht auf Rente eröffnen, berücksichtigt werden.

Diese Mobilisierung der Jugend an der Seite der Beschäftigten bezeugt nicht nur die Zurückweisung dieser Reform, welche das zukünftige Recht auf Rente für sie mit einer Hypothek belastet, sondern ist auch Zeugnis für die Unruhe in einer Generation, die angesichts des Fehlens anderer Möglichkeiten riskiert, weniger gut als die vorangegangenen Generationen zu leben.

(...) Die Jugend ist mit einer mehr und mehr ungerechten Welt konfrontiert, der es nicht gelingt, ihr Zukunftsperspektiven und sozialen Aufstieg zu bieten.

Der Zugang zur und der Erfolg aller in der Ausbildung wird verhindert durch mangelnde Mittel und politische Entscheidungen. Die Beschäftigungssituation und die Massenarbeitslosigkeit üben einen Druck aus, der Dequalifizierung und Prekarität auf dem Arbeitsmarkt herbeiführt. Der Arbeitsplatz wird ein »Luxus«. Recht auf Bildung, Zugang zu Wohnungen, Selbstbestimmung, Beschäftigung Jugendlicher, sozialer Status der Jugend in Ausbildung: Diese Fragen müssen wieder in den Mittelpunkt einer anderen Sozialpolitik der Unternehmer und der Regierung gestellt werden.

An der Seite der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften tragen die Schüler und Studenten einen Teil des Traums, an die Idee von Fortschritt und Glück wieder anzuknüpfen. Sie nehmen ihre Zukunft in die Hand.

Im Internet: www.cgt.fr

Übersetzung: Arnold Schölzel

<https://www.jungewelt.de/artikel/152873.die-jugend-fordert-das-recht-auf-rente-und-auf-zukunft.html>